

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwelageschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der „große“ Tag.

Berlin, 1. Februar 1921.

In den Vormittagsstunden unterrichtete der Außenminister die Fraktionsführer über die Beschlüsse der Regierung und die voraussichtliche Erklärung, die zu den Forderungen der Entente in der Nachmittagsitzung abgegeben werden soll. Die Regierung und gewisse bürgerliche Kreise wollen so etwas wie eine nationale Einheitsfront in dieser Frage herstellen; weshalb sie vorschlagen, die Fraktionen sollten keine besonderen Erklärungen abgeben, sondern sich mit einer Gesamterklärung begnügen, so daß nach außen hin eine einheitliche Auffassung zutage trete. Gegen diese Auffassung haben nicht nur die sozialdemokratischen Vertreter, sondern auch die Deutschnationalen sich gewandt. Im Seniorenkonzent wurde dann noch darüber verhandelt, ob nach der Regierungserklärung die Sitzung gleich geschlossen werden sollte oder ob sich die Aussprache anzuschließen habe. Die Mehrheit war für sofortige Vertagung, sowohl vom Vertreter unserer Partei als auch von den Kommunisten wurde der Vertagung widersprochen, indes vergeblich.

Die Bestrebungen auf Herstellung einer nationalen Einheitsfront beschränken sich aber nicht nur auf eine gemeinsame Erklärung, sondern zielen auf eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach links und rechts ab. Die Phantasie gewisser bürgerlicher Journalisten ging sogar so weit, von einer Verhandlung mit unsrer Partei zu sprechen, wovon selbstverständlich gar keine Rede sein kann. Die Nationalzeitung will wissen, daß die Postminister Riecher und Compes mit Scheidemann verhandelt hätten, daß dieser aber für seine Partei dankend abgelehnt habe, steht an der Regierung teilzunehmen. Es ist darauf zu achten, daß die Betonung auf dem Worte steht. Die Strömung in der Mehrheitssozialdemokratie, die auf einen Wiedereintritt in die Regierung abzielt, ist sehr eifrig am Werke; aber so schlau sind die Führer, daß es jetzt vor den Preußenwahlen Selbstmord wäre, in die Regierung einzutreten und den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die nun eintretenden Kriegsfolgen zu helfen. Dagegen sollen sich die Deutschnationalen nicht grundsätzlich abgeben, an einer Regierung teilzunehmen.

Die äußere Aufmachung des Reichstags deutete heute allerdings auf einen sogenannten großen Tag hin. Schon von Mittag an wimmelte es in den Wandelgängen von Menschen, eilig hin und hergehende Parlamentarier stellten Meinungen auf, als ob sie wunder was für politische Neuigkeiten und Geheimnisse wüßten, dabei ist es nichts als alberne Wichtigkeit. Nicht nur die Zuhörertribünen waren gedrängt voller Menschen, auch die Regierungsbänke und Zwischenräume waren gestopft voller Geheimräte und anderer Regierungsmänner. Es gehörte wahrlich nicht viel politisches Verständnis dazu, um zu wissen, daß heute von sensationellen Enthüllungen oder gar großer politischer Weisheit nicht die Rede sein konnte, so politisch wichtig und ernst die ganze Lage augenblicklich auch für das deutsche Volk ist. Die Rede des Außenministers Simons mußte sich mehr in Allgemeinheiten erheben, denn die ungeheuerlichen Ententeforderungen sind, wie Simons ausdrücklich hervorhob, zunächst vorläufig. Es muß abgewartet werden, wie die Einladung zur Londoner Konferenz ausfällt; danach will dann die Regierung ihre Entscheidung treffen. Dem Verlangen auf völlige Abrüstung nach dem Friedensvertrag soll entsprochen werden. Anders steht es mit den Wirtschaftsforderungen. In klarer, fast nichternere Weise trug Simons die Regierungserklärung vor. Schön disponiert und einzelne Stellen nachdrücklich hervorhebend, soll sie die Stellung der Regierung und ihre Beschlüsse der Öffentlichkeit klar machen; ob es gelungen ist, muß die Wirkung sprechen. Bei einzelnen Stellen setzten Zurufe aus den bürgerlichen Parteien so plündernd ein, als wären sie verabredet gewesen.

Die Behauptung der Regierung, die Forderungen der Entente gingen zum Teil weit über den Friedensvertrag hinaus, muß an der Hand des Friedensvertrages selbst nachgeprüft werden, denn erst wird man dazu Stellung nehmen können. Simons verneint nicht in der Ententennote die Anerkennung dessen, was Deutschland bereits nach dem Friedensvertrag geleistet habe. Es werde sich ferner bemühen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, indessen unerfüllbares könne es nicht leisten, sondern solche Forderungen ablehnen.

Nach der Rede Simons gab Adolf Hoffmann eine Erklärung ab, worin allerdings sachlich auf die Regierungserklärung eingegangen wurde und womit die Debatte eröffnet worden wäre. Der Präsident Lübbe unterbrach ihn deshalb mehrfach. Die Erklärung gipfelte in dem Verlangen, die Regierung solle doch den allgemeinen Bankrott zugeben; alles Besöhnigen und Verhandeln sei überflüssig.

Ganz deplaciert war die Entrüstung des „Demokraten“ Schiffer, die er über den angeblichen Weiberfall Hoffmanns auf das Haus münzte.

Die Pariser Beschlüsse vor dem bayerischen Landtag.

München, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtages gab der Präsident, offensichtlich in der Absicht, die Reichsregierung festzulegen, eine Erklärung ab, in der in den bekannten alldutschen Phrasen gegen die Beschlüsse von Paris protestiert wird und die mit dem Satz schließt: „Lieber ehrlieh untergehen, als in unwürdiger Sklaverei wecheln zu werden!“ — Sämtliche Parteien, auch die Rechtssozialisten und Kommunisten, fanden sich mit dieser Erklärung ab. Die USPD dagegen ließ durch ihren Redner folgende Erklärung verlesen: „Die Fraktion der USPD wendet sich vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse aus schärfste gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen der Pariser Beschlüsse. Sie kann sich aber nicht mit dem Protest aller übrigen Parteien identifizieren, weil Teile dieser Parteien mit verschiedenen Kapitalistengruppen der Entente im Bunde stehen und in der nationalstaatlichen Verteidigung nur ein Mittel sehen, eine günstigere Position bei ihren Privatgeschäften zu erreichen. Im übrigen handelt es sich um Vorschläge der Entente, über die noch Verhandlungen möglich sind. Die USPD muß verlangen, daß die Parteien weiter verhandeln, die die Verantwortung für die augenblickliche Regierungspolitik in Deutschland tragen.“

Bei Abgabe dieser Erklärung verließen sämtliche bürgerliche Parteien und die Kommunisten demonstrativ den Sitzungssaal.

Eine Aktion der Syndikalisten.

Berlin, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf einer von der syndikalistischen Arbeiterunion einberufenen Betriebsrätekonferenz der Ruhrbergleute in Essen, an der Vertreter von 128 Schachtanlagen teilnahmen, wurde u. a. gefordert: Einstellung der Uebersehichten ab 15. Februar, Ablehnung und eventuelle Verhinderung der Sonderausgaben von Lebensmitteln für Bergleute, sofortige Erhöhung der Löhne um 30 Prozent und eventuell ab 1. April um weitere 20 Prozent, sofortige Einschränkung der Schichtendauer, Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter, Auflösung der Technischen Rosthilfe. Bis zum 10. Februar sollen alle Organisationsleitungen zu diesen Forderungen Stellung nehmen.

Die Kommunisten und die braunschweigische Regierung.

Berlin, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vor der Abstimmung über den Haushaltsplan des braunschweigischen Staatsministeriums für das bereits abgelaufene Jahr 1920/21 kam es gestern nachmittags im Landtag auf den Bänken der sozialdemokratischen Abgeordneten zu großen Lärmereien, so daß der Präsident an mehrere unabhängige Abgeordnete und Abgeordnete der neukommunistischen Partei Ordnungsrufe erteilen, dann die Sitzung auf 10 Minuten unterbrechen und sofort den Nehestenaussschuß des Landtages zusammenberufen mußte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der Haushaltsplan für das Staatsministerium gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Abgeordneter angenommen. Die Neukommunisten stimmten für den Plan und verhinderten mit ihren 3 Stimmen den Sturz der reinsozialistischen Regierung und die vorzeitige Neuwahl des Landtages.

Sammlung der Christlich-Sozialen in Bayern.

München, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In München fand eine Konferenz der Funktionäre der christlichen Gewerkschaften Bayerns statt, an der auch Minister Stegerwald teilnahm. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der als unabwendbare Pflicht betont wird, an der politischen Sammlung und Einigung der christlich, sozial, demokratisch und sozial empfindenden Elemente Bayerns mit denen im Reich mit allen Kräften zu arbeiten. Zur eingehenden Verfolgung dieser Bestrebungen, sowie zur Schaffung einer, diese Gedankengänge vertretenden Tageszeitung in München wählte die Konferenz eine Kommission, die in einer demnächst einzuberufenden neuen Konferenz über ihre Tätigkeit zu berichten hat. In Bayern besteht seit einigen Monaten die christlich-soziale Partei, die sich die Essener Gedankengänge Stegerwalds zu eigen gemacht hat. Diese christlich-soziale Partei wird wohl den Stamm der neuen Stegerwaldpartei bilden.

Proteststreik in Florenz?

Rom, 2. Februar. (U.) Dem Messaggero wird aus Florenz gemeldet, daß infolge der letzten Zwischenfälle zwischen den Nationalisten und den Sozialisten ein politischer Streik von den Extremisten vorbereitet werde, die versuchen, die CGT für die Bewegung zu gewinnen. Ein Generalkstreik der Eisenbahner soll unmittelbar bevorstehen.

Unter der Diktatur der Moskauer.

Die noch so junge K. A. P. D. wird schon jetzt wieder von einer Krise erschüttert. Der aufmerksame Beobachter der Vorgänge im kommunistischen Lager konnte schon seit längerer Zeit bemerken, daß sich in der neuen Partei bereits wieder starke Gegensätze herausbilden. Seit der Aufnahme der K. A. P. D. als sympathisierendes Mitglied in die dritte Internationale ist offenbar eine wesentliche Verschärfung der Lage eingetreten. Während ein Teil der vereinigten Kommunisten glaubte, nun eine noch schärfere Tonart anschlagen zu müssen, wandte sich ein anderer entschieden gegen die Zulassung der K. A. P. D. zur Moskauer Internationale. Ueber die Stellung zur K. A. P. D., zur Arbeiterunion, zu den Syndikalisten und über die Spaltung der italienischen Partei ist es in der kommunistischen Partei zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Zu den Opponenten gegen die Zulassung der K. A. P. D. und gegen die Moskauer Politik in Italien gehörte auch der Parteivorstand Paul Levi, der in einigen Artikeln der Roten Fahne zu diesen Fragen Stellung genommen hat und deshalb von der andern Seite, besonders auch von dem Vertreter der Moskauer Zentrale, scharf angegriffen wird. Wie tief die Gegensätze in der Partei geworden sind, geht aus einem in der Freiheit veröffentlichten Brief Dr. Levis an den Bevollmächtigten des Moskauer Exekutivkomitees hervor. Der Brief, der sowohl Levi als auch das bestehende Verhältnis zwischen den deutschen Kommunisten und den Moskauer Diktatoren trefflich charakterisiert, lautet:

Berlin, den 27. Januar 1921.

Werter Genosse!

Ich möchte Ihren Brief vom 27. d. M. nicht bestätigen, ohne zugleich auf einige der tatsächlichen Unrichtigkeiten hinzuweisen, die sich in ihm — namentlich unter IIIc — befinden:

- a) Es ist unrichtig, daß ich in der Zentrale ohne Unterbrechen den Glauben an die Möglichkeit der Beeinflussung der Exekutive im Sinne der deutschen Partei, an die Möglichkeit der Besserung der eventuellen Fehler der Exekutive bestreite. Ganz abgesehen von der rhetorischen Uebertreibung dieses Satzes präzisiere ich demgegenüber meinen Standpunkt wie folgt: Die Besserung der Fehler der Exekutive wird erfolgen. Sie kann nur erfolgen von Rußland aus. Konkrete Vorschläge oder Kritik von unserer Seite in diesem Augenblick würden die Verhältnisse nicht ändern, sondern unsere Beziehungen zur Exekutive nutzlos trüben. Ich stütze diese Auffassung auf Gründe.
- b) Wie ich den Vorbericht hiernach bestreite, bestreite ich auch die Richtigkeit Ihres Folgesatzes, daß mein „Artikel über die italienische Spaltung die Krone diesem Verhalten zur Exekutive aufsetze“.
- c) Ich nehme mir in diesem Artikel die Freiheit, für das Verhalten der Exekutive in einer konkreten Frage Wünsche zu äußern. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß damit Ihre Behauptung, daß ich Kritik übe, „ohne irgendwelche Änderungs- oder Besserungsvorschläge zu machen“, widerlegt ist, hat der Erfolg, den ich mit diesen Wünschen bei dem deutschen Vertreter des E. K. erreicht habe, meine Lust zu neuen Versuchen nicht gestillt.
- d) Ich halte mich für berechtigt, solche politischen Wünsche zu äußern und halte Ihre Auffassung gestern für einen Mißbrauch der Ihnen von der Exekutive übertragene Rechte und für einen Eingriff in jenes mein und unser — der Parteimitglieder — Recht.
- e) Ich verteidige meinen Artikel über Italien nicht damit, daß ich nicht in der Lage sei und nicht wage, in der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Exekutive zu sagen.“ Ich verteidige diesen Artikel mit den wirklichen Interessen der kommunistischen Internationale.
- f) Dieser ganze unter c) zitierte Satz ist eine Unrichtigkeit. Uns fehlt es weder an Mut noch Material, über die Exekutive zu schreiben. Ich halte es jetzt nicht für opportun aus den Gründen zu a) und aus dem weiteren Grund, daß die Wirkung einer organisatorischen Differenz in Rücksicht auf andere Länder, in denen der Gedanke der kommunistischen Internationale sich noch festigen muß, höchst unerwünscht und schädlich wäre.
- g) Ich kann nicht anerkennen, daß meine „Haltung“ gestern Ihnen Veranlassung zu irgendwelchen Entschlüssen gegeben, geschweige Sie denn zu solchen „genötigt“ habe. Ich erlaube mir, bis auf weiteres der Meinung zu sein, daß Ihre „Haltung“ gestern einem bereits in die Sitzung mitgebrachten Plan entsprach. Ich nehme damit einen zu Ihren Gunsten sprechenden Umstand an.
- h) Ihr Schreiben enthält keine Antwort auf die von mir vorgelegte Frage, wie Ihre Worte: „Ehe Sie uns anzureifen wollen, werden wir dem zuvor kommen und werden das Schwert gegen Sie ziehen.“ zu deuten seien. Ich weiß die Gründe für dieses Stillschweigen zu würdigen.
- i) Der Satz unter IIIa Ihres Schreibens verurteilt nur diese formelle Seite Ihres Verhaltens gestern. Ich muß daher den materiellen Teil meiner Fragen wiederholen: „Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entfernung vom Posten als Vorliegender der Partei für notwendig oder auch nur wünschenswert?“ Ich bitte, diese Frage nicht ferretationisch, sondern offen zu beantworten. Sie ist so gestellt, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann.
- h) Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, schriftlich folgendes festzulegen: